

WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL INNSBRUCK Eing. 13. Mai 2026 Gesch. Z. ....
--



An die Wirtschaftskammer Tirol  
 Abt. Präsidialmanagement  
 Wilhelm-Greil-Straße 7  
 6020 Innsbruck

## Antrag

der Freiheitlichen Wirtschaft Tirol an das Tiroler Wirtschaftsparlament am 3. Juni 2026

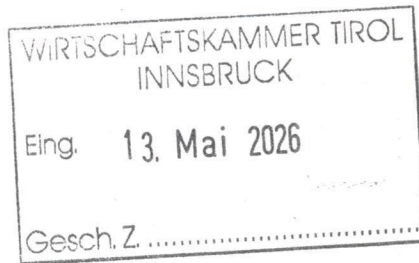
### Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der steigenden Insolvenzen und zur Entlastung der Betriebe

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer möge beschließen:

**Die Wirtschaftskammer Tirol wird aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene mit Nachdruck für ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der heimischen Betriebe und zur Eindämmung der steigenden Insolvenzentwicklung einzusetzen.**

**Insbesondere sollen folgende Punkte verfolgt werden:**

1. **Sofortige Entlastung bei Energiekosten:**  
 Umsetzung gezielter Fördermaßnahmen sowie Reduktion von Abgaben, um die massiv gestiegenen Energiekosten für Betriebe spürbar zu senken.
2. **Evaluierung und Aussetzung belastender CO<sub>2</sub>-Abgaben.**  
 Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen bestehende CO<sub>2</sub> Abgaben überprüft und vorübergehend ausgesetzt werden.
3. **Konsequenter Bürokratieabbau:**  
 Insbesondere durch Vereinfachung von Genehmigungsverfahren sowie Reduktion von laufenden betrieblichen Verpflichtungen.
4. **Einführung eines Entlastungspakets zur Sicherung der Liquidität:**  
 Entwicklung und Umsetzung gezielter Maßnahmen zur Stärkung der Liquidität von Betrieben, um Insolvenzen vorzubeugen und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.



5. **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Tirol:**  
Förderung nachhaltiger und zugleich unternehmensfreundlicher Rahmenbedingen,  
um die Wettbewerbsfähigkeit Tirols langfristig zu sichern.

### **Begründung:**

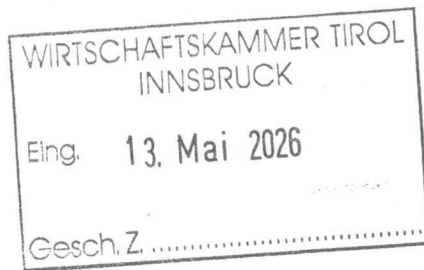
Die wirtschaftliche Lage vieler Tiroler Betriebe – insbesondere in den für unser Bundesland typischen Branchen wie Tourismus, Gastronomie, Handwerk, Gewerbe und Klein- und Mittelbetrieben – ist derzeit von einer mehrfachen Belastung geprägt, die nicht mehr länger ignoriert werden darf. Anhaltend hohe Energiepreise, massive Teuerungen bei Rohstoffen, Materialien und Dienstleistungen sowie eine stetig steigende Abgaben- und Steuerbelastung – allen voran durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung – zehren an der Substanz unserer Unternehmen. Gleichzeitig explodieren die bürokratischen Anforderungen auf nationaler wie europäischer Ebene. Ohne entschlossene und rasch wirkende Gegenmaßnahmen droht eine weitere dramatische Verschärfung der Insolvenzentwicklung und damit ein nachhaltiger Schaden für den Wirtschaftsstandort Tirol.

Besonders alarmierend sind die aktuellen Zahlen zur Insolvenzentwicklung: Laut AKV EUROPA sind die eröffneten Firmeninsolvenzen in Tirol im Zeitraum Januar bis September 2025 im Vergleich zum Vorjahr um \*10,47 %\* auf 190 Verfahren gestiegen. Die Tirol. ORF-Berichterstattung vom Dezember 2025 spricht sogar von einem Anstieg der Unternehmenspleiten um \*14,9 %\* auf insgesamt 417 betroffene Betriebe – ein Wert, der deutlich über dem österreichischen Bundesdurchschnitt liegt. Diese Entwicklung markiert nicht nur ein Rekordhoch, sondern unterstreicht eine strukturelle Krise, die durch externe Schocks (Energiekrise, Zinswende) und hausgemachte Politikfehler (Überregulierung, Abgabepolitik) verstärkt wird.

#### **1. Die zentralen Belastungsfaktoren im Detail**

**\*Hohe Energie- und Rohstoffpreise\*:** Trotz temporärer Entspannung an den Märkten bleiben die Energiekosten für viele Betriebe – vor allem in energieintensiven Branchen wie Hotellerie, Bäckereien, Produktion und Bergbahnen – auf einem für die Wettbewerbsfähigkeit gefährlichen Niveau. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wirkt hier wie ein zusätzlicher „Strafzoll“ auf unternehmerisches Handeln und trifft besonders den ländlichen Raum und die Tourismuswirtschaft Tirols, die ohnehin mit hohen Transport- und Heizkosten kämpfen.

**\*Massive Teuerungswelle\*:** Die kumulierten Preissteigerungen der letzten Jahre bei Lebensmitteln, Baumaterialien, Fahrzeugen und Dienstleistungen haben die Kalkulationsgrundlagen vieler Betriebe zerstört. Margen schrumpfen, während die Weitergabe



an den Kunden aufgrund der hohen Preissensibilität im Tourismusland Tirol nur begrenzt, möglich ist.

**\*Steigende Abgabenbelastung\*:** Neben der CO<sub>2</sub>-Steuer belasten weitere Abgabenerhöhungen (Sozialversicherungsbeiträge, Kammerumlagen, diverse Gebühren) die Liquidität. Für einen typischen Tiroler Familienbetrieb mit 10–20 Mitarbeitern bedeutet dies jährliche Mehrbelastungen im fünf- bis sechsstelligen Bereich – Geld, das nicht mehr in Investitionen, Löhne oder Innovation fließen kann.

**\*Explodierende Bürokratie\*:** Neue EU-Richtlinien, Nachhaltigkeitsberichte, digitale Meldepflichten und umweltrechtliche Auflagen binden immer mehr Ressourcen in der Verwaltung statt in der Wertschöpfung. Gerade KMU und Ein-Personen-Unternehmen, die das Rückgrat der Tiroler Wirtschaft bilden, leiden darunter überproportional. Die Zeit, die der Unternehmer mit Formularen verbringt, fehlt für Kundenakquise, Mitarbeiterführung und Innovation.

## **2. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen**

Diese Belastungskombination führt nicht nur zu einer steigenden Insolvenzquote, sondern gefährdet langfristig den gesamten Wirtschaftsstandort Tirol. Jede Insolvenz bedeutet den Verlust von Arbeitsplätzen, Know-how und regionaler Wertschöpfung. Besonders betroffen sind traditionelle Tiroler Branchen, die bereits mit Fachkräftemangel und Saisonabhängigkeit kämpfen. Die Folgen sind spürbar: sinkende Investitionsbereitschaft, zögerliche Betriebsübergaben an die nächste Generation und ein wachsendes Gefühl der Überforderung bei den Unternehmern.

Ohne Gegensteuerung riskieren wir eine Abwärtsspirale: Weniger Betriebe → weniger Steuereinnahmen → höhere Abgaben für die Verbleibenden → weitere Pleiten. Tirol als Tourismus- und Exportland kann sich eine solche Entwicklung nicht leisten, wenn es seine Spitzenposition in Österreich und Europa halten will.

## **3. Die freiheitliche Forderung: Sofortmaßnahmen statt weiterer Belastung**

Die Freiheitliche Wirtschaft Tirol fordert daher klare, unternehmerfreundliche Entlastungen statt ideologisch motivierter Zusatzbelastungen:

**\*Sofortige Senkung der Energie- und CO<sub>2</sub>-Belastung\*** für Betriebe (z. B. durch Ausnahmeregelungen oder Rückerstattungen).

**\*Bürokratieabbau-Paket\*** mit konkreten Fristen und einem „One-in-two-out“-Prinzip bei neuen Vorschriften.

**\*Abgaben- und Steuerentlastung\*** für KMU, insbesondere bei der Lohnnebenkosten- und Gewinnbesteuerung.

WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL  
INNSBRUCK

Eing. 13. Mai 2026

Gesch. Z. ....



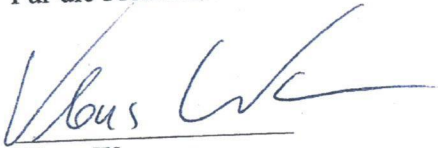
**\*Standortoffensive Tirol\*:** Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Förderung von Eigenverantwortung und echte Entbürokratisierung statt weiterer Kammer- und EU-Zwangsmaßnahmen.

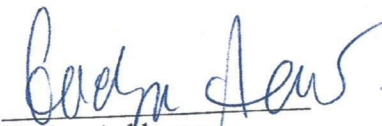
Nur durch eine konsequente Politik der Freiheit, der Entlastung und der Stärkung der Eigenverantwortung kann der Wirtschaftsstandort Tirol nachhaltig gesichert und zukunftsfähig gemacht werden. Die Insolvenzzahlen 2025 sind ein Warnsignal – wir dürfen es nicht ignorieren.

**Quellen:**

AKV Europa- Insolvenzzstatistik 1. bis 3. Quartal 2025  
<https://www.akv.at/akv-newsroom/statistiken/akv-insolvenzstatistik-1-bis-3-quartal-2025>  
Tirol.ORF.at – „Zahl der Unternehmenspleiten gestiegen“ (11.12.2025)  
<https://tirol.orf.at/stories/3333498/>

Innsbruck, am 13.05.2026  
Für die Freiheitliche Wirtschaft Tirol

  
Klaus Wurm  
GF Landesobmann

  
Evelyn Achhorer  
Landobfrau